

FDP-Fraktion Wehrheim
Haushaltsrede des Vorsitzenden Klaus Schumann
Sitzung der Gemeindevertretung am 16.12.2022

Sehr geehrtes Präsidium,
meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeindevorstandes,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit 2022 geht ein Jahr zu Ende, welches - gemessen an den über uns hereingebrochenen Herausforderungen - unerhört und von keinem so erwartet war. Dass die Gemeinde nun am Ende des Jahres vergleichsweise gut dasteht, ist zu einem guten Teil glücklichen Umständen zu verdanken, des Weiteren dem bedachten Handeln von Gemeindevorstand und Verwaltung und nicht zuletzt der vorausschauenden und konstruktiven Haltung der Mehrheit in der Gemeindevertretung.

Ja, es war richtig die Steuern für 2022 nicht über Gebühr zu erhöhen, es war richtig, dass wir die von der Verwaltung vorgeschlagene Grundsteuererhöhung gekürzt haben. So wurde den Wehrheimer Bürgern erspart neben den hohen Energie- und Lebensmittelkosten auch noch unnötig hohe Grundsteuern zu bezahlen.

Angesichts des voraussichtlich guten Abschneidens im Haushaltsjahr 2022 und der vorgelegten Haushaltsplanung für 2023 könnte man versucht sein die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer wieder abzusenken. Allerdings haben wir hiervon aus drei Gründen abgesehen:

1. Befürchten wir, dass wir noch nicht alle Auswirkungen von Corona-Epidemie, Energiekrise, Flüchtlingsansturm durch Ukrainekrieg und andere Krisen auf den Wehrheimer Haushalt absehen und in der Haushaltsplanung berücksichtigen können.
2. Wird unser Haushalt durch die von der Schwarz-Grünen Landesregierung verhängte Abundanzumlage im Jahr 2024 bereits um einen voraussichtlich siebenstelligen Betrag schlechter dastehen, und
3. Werden wir darauffolgend aufgrund der geänderten Grundsteuerbemessungsgrundlage unsere Hebesätze sowieso anpassen müssen, damit die Wehrheimer Bürger nicht in Summe

mehr bezahlen müssen. Wir Freien Demokraten werden darauf achten, dass die Veränderung des Bemessungsgrundlage nicht dazu verwendet wird das Gemeindesteuersäckel fett zu machen.

Aber ist die Grundsteuer überhaupt eine wichtige Einnahmequelle für die Gemeinde? Grundsteuer macht nur etwas mehr als 12% des Steueraufkommens der Gemeinde aus, sogar weniger als 7% des gesamten Haushalts. Viel wichtiger für die Gemeinde ist ihr Anteil an der Einkommenssteuer (ca. 55% des Steueraufkommens) und die Gewerbesteuer mit 28%.

Und hier – meine Damen und Herren – habe ich schlechte Nachrichten für Sie: Diese Hauptsäulen unserer Gemeindefinanzen drohen langfristig wegzubrechen! Die Einkommenssteuer, weil die Wehrheimer Bevölkerung überaltert und immer mehr Wehrheimer Bürger von Erwerbstätigen zu Rentnern werden und die Gewerbesteuer wird wegbrechen, wenn immer mehr Wehrheimer Betriebe abwandern, weil sie vor Ort keine geeigneten Flächen zum Wachstum finden.

Seit Jahren fordern wir die Verwaltung auf zusätzliche Flächen für Wohnbebauung und für Gewerbe anzubieten und es passiert - nichts! Stattdessen müssen junge Wehrheimer Familien nach Grävenwiesbach auswandern und Wehrheimer Betriebe versuchen ihr Glück in den Nachbarkommunen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: wir Freien Demokraten werden dem vorgelegten Haushalt zustimmen, aber die Haushaltsrede ist auch immer der Zeitpunkt, um den Finger in die Wunde zu legen:

- wir tun zu wenig um bezahlbaren Wohnraum für junge Erwachsene, junge Familien und wirtschaftlich Schwache zu schaffen. Dies führt dazu, dass unsere Kinder abwandern, und beeinträchtigt die Zukunft unserer Gemeinde.
- Und wir tun zu wenig, um Wehrheimer Betriebe zu halten, und möglicherweise sogar neue attraktive Betriebe für Wehrheim zu gewinnen. Auch das beeinträchtigt die Zukunft unserer Gemeinde.

Wenn wir uns den Haushalt im Detail anschauen, dann finden wir in den nächsten Jahren beträchtliche Investitionen: wir wollen ein neues Feuerwehrhaus für Wehrheim, ein Technikzentrum für die Feuerwehr in

Usingen, einen neuen Bauhof, eine neue Kindertagesstätte... darüber hinaus wollen wir in die existierenden Immobilien investieren und unsere Infrastruktur sanieren. Alles Dinge die durchaus sinnvoll sind um Wehrheim wachsen und gedeihen zu lassen. Aber dieses Wachstum braucht Platz: da reicht es nicht, dass wir im Wehrheimer Dorfzentrum noch eine Scheune im Hinterhof renovieren und in dem einen oder anderen Haus das Dachgeschoss ausbauen. Nein wir müssen uns daran machen neue Wohnbau- und Gewerbegebiete zu entwickeln!

Das heißt nicht, dass wir Wehrheim zu einer zwischen Windrädern und S-Bahn eingeklemmten Schlafstadt von Frankfurt machen wollen. Aber wir können uns nicht dem Bevölkerungsdruck verschließen, der gerade auch mit der Elektrifizierung der Taunusbahn auf Wehrheim zukommen wird.

1372 - d.h. vor 650 Jahren - hat Wehrheim Stadtrechte erhalten. Damals gehörte Anspach zu Wehrheim. Heute ist Neu-Anspach eine Stadt und wir wieder ein Dorf. Ich habe nichts gegen den dörflichen Charakter von Wehrheim und möchte diesen erhalten. Aber wenn wir uns auf Dauer dem Wachstum verschließen, besteht die Gefahr, dass wir zunehmend unsere Infrastruktur nicht erhalten können und mehr und mehr auf Infrastruktur in Neu-Anspach oder Usingen zurückgreifen müssen. Wollen wir das?

Wir müssen die existierenden Flächen besser ausnutzen und Baulücken in der existierenden Bebauung schließen. Insbesondere der Ortskern von Wehrheim muss eine Frischzellenkur erhalten. Wir müssen, ausgehend von der Wehrheimer Mitte, die Hauptstraße attraktiver gestalten: sowohl für weitere Ladengeschäfte als auch für zusätzlichen Wohnraum. Die augenblickliche Überarbeitung der Gestaltungssatzung „Alt-Wehrheim“ bietet hierfür eine gute Gelegenheit das Wehrheimer Zentrum für Investoren attraktiver zu machen. Wir sind der Meinung, fußläufig um die Wehrheimer Mitte kann und muss zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden, um unsere Innenstadt lebendig und attraktiv zu erhalten.

Auf der anderen Seite wird die innerörtliche Verdichtung nicht ausreichen, um den Flächenbedarf vom Gewerbe und vom Siedlungsdruck zu decken. Davon waren wir alle überzeugt, als wir das Baugebiet „Am Mühlberg“ aufgelegt haben. Nur war dieser Versuch nicht erfolgreich. Es mag hierfür eine Vielzahl von Gründen geben, und ich bin nicht nahe genug an diesem Verfahren dran gewesen, um zu verstehen, was der ausschlaggebende Grund für das letztendliche Scheitern dieses Baugebietes gewesen war.

Ich glaube allerdings, dass es uns besser gelingen muss die Interessen der Landwirte und anderer Verkäufer, der Gemeinde und der zukünftigen Bauherren auszugleichen. Hierzu sollten wir überlegen, ob wir das Wehrheimer Modell den heutigen Anforderungen entsprechend anpassen müssen. Dabei können sicher auch ökologische und raumplanerische Aspekte eine Rolle spielen. Dies ist ein Thema, welchem wir uns im kommenden Jahr annehmen müssen, wenn uns die Zukunft unserer Gemeinde am Herzen liegt.

Wir stimmen der vorgelegten Investitionsplanung zu mit der Anmerkung, dass die wesentlichen Maßnahmen in der Detailplanung sowohl auf der Bedarfsseite als auch auf der Kostenseite nachvollziehbar gerechtfertigt werden müssen.

Lassen sie mich auch ein paar Kommentare zu unserem Stellenplan abgeben. Wie wir wissen, arbeitet die Verwaltung seit Jahren daran, die vielfach geforderten und angemahnten Stellenbeschreibungen zu erstellen. Lügen diese vor, so fiele es uns viel einfacher zu beurteilen, wo noch Luft ist und wo mehr Unterstützung notwendig ist. Wir würden dann zum Beispiel besser verstehen, was die Gemeinde im Bereich Wirtschaftsförderung unternimmt und wie gut sie das macht. Oder ob das Bauamt im Hinblick auf die Vielzahl von Baumaßnahmen ausreichend ausgestattet ist. Aber leider fehlt uns diese Transparenz und so können wir nur Köpfe im Stellenplan zählen.

Hier fällt uns dann auf, dass wir in den Kindertagesstätten mit weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern planen. Verblüfft fragen wir uns, ob wir in der Zukunft mit weniger Kindern rechnen, wo wir doch gleichzeitig im Investitionsplan eine neue Kindertagesstätte planen? Und nein, das ist nicht der Fall: die Landesregierung gibt uns mehr Zeit zum Aufstocken des Personalschlüssels für die Kindertagesstätten, weil es so schwer ist geeignete Erzieherinnen und Erzieher zu finden und was machen wir? Wir streichen die notwendigen Stellen, d.h. doch, wir suchen nächstes Jahr überhaupt nicht nach diesen Mitarbeitern!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier klar sagen: Dies ist der falsche Weg! Dies führt nicht dazu eine Anstellung in den Wehrheimer Kindertagesstätten attraktiver zu machen und es führt nicht dazu, dass wir am Ende der Übergangszeit, die uns der zweite Teil des Hessischen Kinder und Jugendhilfegesetz setzt, besser dastehen wie heute. Wir sind

der Meinung, dass wir aktiv daran arbeiten sollten, die Bedingungen für Erzieherinnen und Erzieher, aber auch für die Kinder in den Wehrheimer Kindertagesstätten zu verbessern. Lassen Sie uns im kommenden Jahr gemeinsam daran arbeiten eine Anstellung in einer Wehrheimer Kindertagesstätte zu einem attraktiven, gefragten Arbeitsplatz zu machen.

2023 ist ein wichtiges Jahr. Ein Jahr Schonzeit, bevor uns die Knute der hessischen Abundanzumlage erneut trifft. Ein Jahr in dem uns rund eine Million Euro mehr Geld zur Verfügung steht, um Wehrheim auf den richtigen Weg zu bringen. Lassen Sie uns diese Zeit und das Geld nutzen, um die richtigen Akzente für unsere Zukunft zu setzen. Hierauf freue ich mich und danke Ihnen allen für die angenehme und erfolgreiche Zusammenarbeit im Jahr 2022 und die zukunftsweisende und hoffentlich noch erfolgreichere Zusammenarbeit im kommenden Jahr. Insbesondere geht der Dank der Freien Demokraten natürlich an die gesamte Verwaltung, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich trotz all der laufenden Krisensituationen und ihrer Regelaufgaben die Zeit nehmen uns Gemeindevertreter hervorragend zu unterstützen. Und unser Dank geht an die Kollegen der anderen Fraktionen für die engagierte und konstruktive Zusammenarbeit, die es uns allen immer wieder erlaubt zu einer gemeinsam getragenen Entscheidung zu kommen.

Ich wünsche Ihnen allen ein Frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2023!